

ANFRAGE von Martin Farner (FDP, Oberstammheim), Ueli Bamert (SVP, Zürich) und Beat Huber (SVP, Buchs)

betreffend Marktfahrer in Existenznot

Das Coronavirus sät nicht nur Ansteckungsgefahr, es sät vor allem Angst. Existenzangst auf der einen und Angst vor Verantwortung auf der anderen Seite. Noch sind viele Angestellte in Kurzarbeit. Viele Unternehmen, Angestellte in der eigenen Aktiengesellschaft oder GmbH und Selbständigerwerbende bangen um die Zukunft ihrer Firmen. Andererseits sind Behörden äusserst zurückhaltend im Ausstellen von Bewilligungen für Veranstaltungen aller Grössenordnungen.

Seit dem 11. Mai dürfen Märkte wieder stattfinden. Trotz Schutzkonzepten hagelt es Absagen. Kein Knabenschiessen, keine oder extrem redimensionierte Jahrmärkte oder Chilbis. Das trifft nach einem ersten Halbjahr praktisch ohne Einkommen die Markthändlerinnen und Markthändler. Die Gemeinden scheuen sich offenbar, die entsprechenden Bewilligungen zu geben. Dies, obwohl seit dem Frühjahr vom Seco genehmigte Schutzkonzepte vorliegen und den weiteren Anforderungen laufend angepasst werden. Märkte und Chilbis finden im Freien statt. Die Ansteckungsgefahr insbesondere über Aerosole ist deutlich tiefer als in geschlossenen Räumen. Die 1000er-Grenze für Veranstaltungen gilt für Märkte nicht.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Tritt es zu, dass im Kanton Zürich deutlich mehr Jahrmärkte abgesagt werden als in anderen Kantonen? Genügen die Schutzkonzepte des Schweizerischen Marktverbandes dem Regierungsrat nicht?
2. Ist der Regierungsrat bereit, sich bei den Gemeinden für die Durchführung von Jahrmärkten einzusetzen und sie bei der Durchführung zu unterstützen?
3. Wie wird der Kanton die Markthändler und Schausteller bei Absagen von Organisatoren und Gemeinden aufgrund von Covid-Massnahmen entschädigen?
4. Die Markthändler und Schausteller sind auf Planungssicherheit angewiesen. Wie sieht der Regierungsrat die Situation für 2021?

Martin Farner
Ueli Bamert
Beat Huber